

komba magazin

Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst

Januar/Februar 2018 – 20. Jahrgang

1/2



Kurs halten für bessere Arbeitsbedingungen

dbb Seiten
9 bis 48

Seite 4 <

Situation im
Allgemeinen
Sozialen Dienst

Seite 6 <

komba jugend
und Europa



Steuertipps für Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst!

Liebe Leserinnen und Leser
des dbb magazin,

beruflich und privat immer auf dem neuesten Stand:
Das Loseblattwerk SteuerBerater ist nicht nur für private
Nutzer ein treuer und nützlicher Steuerhelfer, mit der
die Weichen für die Steuererklärung unterjährig gestellt
werden können. Auch am Arbeitsplatz ist die Sammlung
mit informativen Steuertipps und praktischen Beispielen
eine echte Hilfe. Mit den Steuertipps kommen die
aktuellsten Steuerinformationen immer direkt zu Ihnen
auf den Schreibtisch.

Den Leserinnen und Leser des dbb magazin
empfehlen wir den SteuerBerater. So können Sie
gezielt nach den für Sie passenden Steuertipps
und Informationen suchen.

Jetzt Angebot sichern und 40 % sparen



Bestens informiert – kompetent beraten

- ✓ Geldwerte Tipps auf über 3.000 Seiten
- ✓ Von erfahrenen Steuer-Experten leicht verständlich geschrieben
- ✓ Mit dem Aktualisierungs-Service* bleibt Ihr Werk immer aktuell
- ✓ Und das Beste: dbb magazin-Leser erhalten den SteuerBerater für nur € 29,80 inkl. Versandkosten.

Bestellen leicht gemacht!

0800 / 30 70 800 (gebührenfrei) unter Angabe des Vorteilscodes »55681-001«
oder unter www.steuertipps.de/dbbmagazin

*Aktualisierungs-Service: Die Redaktion aktualisiert und erweitert das Werk 5–6x jährlich mit je ca. 250 Seiten à 11,5 Cent zzgl. € 1,60 Versandkosten.
Den Aktualisierungs-Service können Sie ohne Einhaltung einer Frist jederzeit kündigen!

Widerrufsrecht: Ich kann meine Bestellung 4 Wochen nach Erhalt der Ware (Widerrufsfrist) ohne Begründung widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Der Widerruf ist zu richten an: Akademische Arbeitsgemeinschaft, Janderstraße 10, 68199 Mannheim. Bei Widerruf ist die Ware zurückzusenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

die weiter zunehmenden Belastungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei gleichzeitig prall gefüllten öffentlichen Kassen können wir nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen. Die aktuelle Ausgangslage verstärkt unseren Auftrag, die Arbeitsbedingungen für unsere Mitglieder zu verbessern. Ebenso zeigt sie auf, dass die Arbeitgeberseite nicht bereit oder in der Lage ist, notwendige Schritte zu erkennen und auch vorzunehmen – selbst dann nicht, wenn es finanziell eigentlich möglich wäre. Das funktioniert eben nur mit Gewerkschaften, die die notwendigen Schritte dafür definieren und den notwendigen Druck dazu aufbauen.

Vor diesem Hintergrund kommt der bevorstehenden Einkommensrunde für Bund und Kommunen eine besondere Bedeutung zu. Die Erwartungshaltung wird nicht nur durch einen Blick auf die sprudelnden Steuereinnahmen, sondern auch durch den Blick auf andere Branchen genährt. Die Forderungen nach der Möglichkeit einer Absenkung der Arbeitszeit auf 28 Wochenstunden in der Metall- und Elektroindustrie, in der längst eine 35-Stunden-Woche gilt, lässt die Beschäftigten im öffentlichen Dienst aufhorchen. Sie führt zwangsläufig zu der Frage, ob man hier wirklich noch mit einer vorbildlichen Vereinbarung von Familie und Beruf punkten kann oder ob man nicht längst auch in diesem Bereich von der Privatwirtschaft immer stärker abgehängt wird. Die zunehmenden Probleme bei der Personalgewinnung sind sicher Bestandteil der Antwort.

Es ist deshalb richtig, wenn in der Einkommensrunde, die ja auch für die Beamtinnen und Beamten des Bundes relevant ist, auch die dortige Arbeitszeit von 41 Wochenstunden zum Gegenstand der Auseinandersetzungen gemacht wird. Wenn hier eine überfällige Reduzierung erreicht wird, wäre das eine Steilvorlage für entsprechende Schritte in den Ländern und für Bewegung auch im Tarifsektor. Die Entwicklungen im Bereich Digitalisierung und mobile Arbeit erfordern ohnehin, Regelungen im Bereich der Arbeitszeit anzupassen, um Belange der Beschäftigten zu berücksichtigen.

Nun mag man in diesem Zusammenhang bedauern, dass Beamtinnen und Beamte eine Arbeitszeitverkürzung nicht mal eben erstreiken können. Doch wir meinen: Wer ein Streikrecht für Beamte durchsetzen will, hat das Beamtenrecht nicht verstanden oder will es abschaffen. Deshalb ist es unverständlich, wenn eine Gewerkschaft ihren verbeamteten Mitgliedern Rechtsschutz gewährt, um vor dem Bundesverfassungsgericht ihr Streikrecht durchzusetzen. Die komba würde ihren Mitgliedern keinen Rechtsschutz gewähren, um ihnen den Ast abzusägen, auf dem sie sitzen.

Es wird nicht funktionieren, sich aus dem Statusrecht für Beamte und Arbeitnehmer jeweils die Rosinen herauszupicken. Das Streikverbot ist ein wesentliches Element des Beamtenverhältnisses. Wenn diese Pflicht entfällt, werden die auf der anderen Seite bestehenden besonderen Rechte wie Alimentation einschließlich Pension und Beihilfe sowie Lebenszeitprinzip keinen vollen Bestand mehr haben können.

Aber auch ohne Streikrecht sind die Beamtinnen und Beamten nicht der uneingeschränkten Willkür ihrer Dienstherrn ausgesetzt. Der dbb und seine Fachgewerkschaften wie die komba nehmen die – übrigens auch auf der im Grundgesetz verankerten Koalitionsfreiheit basierenden – Beteiligungsrechte engagiert und häufig erfolgreich wahr, um bei der Ausgestaltung des Beamtenrechts Argumente zu platzieren und Positionen durchzusetzen.

Im Bereich der Tarifverhandlungen stehen wir nach wie vor mit voller Überzeugung hinter dem Streikrecht und machen für und mit unseren Mitgliedern, die streiken dürfen, gegebenenfalls davon Gebrauch, einschließlich Streikgeldunterstützung. Das wird möglicherweise im Zuge der Einkommensrunde 2018 wieder der Fall sein, wenn die Arbeitgeber zu sehr auf die Bremse treten sollten.

Ihre komba Bundesleitung

> Impressum

Herausgeber: Bundesleitung der komba gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. Telefon: 030.4081687-0. Telefax: 030.4081687-9. E-Mail: bund@komba.de. Internet: http://www.komba.de. **Redaktion:** Kai Tellkamp (kt), Antje Kümmel (ak), Jasmin Jestel (jj), Matthäus Fandrejewski (mf), Benjamin Lange (bl). **Fotos:** Eduard N. Fiegel (photoFiegel.de), Jan Brenner (dbb), komba jugend, komba gewerkschaft, Mauri Produzioni Video Italien, WerbeFabrik (pixabay.com). **Titelbild:** © Oliver Le Moal (fotolia.com). **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen komba magazin:** bildungs- und service GmbH, Steinfelder Gasse 9, 50670 Köln. Telefon: 0221.135801. **Bezugsbedingungen:** Für Mitglieder der komba gewerkschaft ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für Nichtmitglieder beträgt der Abonnementpreis 16 Euro zzgl. Versandkosten.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169, 10117 Berlin. Telefon: 030.4081-40. Telefax: 030.4081-5598. Internet: www.dbb.de. E-Mail: magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Gestaltung:** Benjamin Pohlmann. **Fotos:** komba gewerkschaft, komba jugend, jjuini / pixabay.com, Friedhelm Windmüller / dbb. **Verlag:** dbb verlag gmbh. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 59 (dbb magazin) vom 1.10.2017. **Druckauflage:** dbb magazin: 601344 (IVW 3/2017). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Beiträge und Leserbriefe:** Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Keine Haftung für unverlangte Einsendungen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

> komba

- > komba Umfrage: Situation im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) 4
- > komba jugend stellt sich vor: Benjamin Lange, stellvertretender Bundesjugendleiter 4
- > komba bei der dbb Jahrestagung: Funktionsfähigkeit des Staates auch auf Landes- und kommunaler Ebene sicherstellen 6
- > komba jugend und Europa: Matthäus Fandrejewski erneut CESI-Yout-Vorsitzender 6
- > Einigung mit den Arbeitgebern: Anpassungen von Tarifverträgen 8

> dbb

- > Einkommensrunde Bund und Kommunen: Erste dbb Branchentage 9
- > Neue dbb Führung: Erstes Spitzentreffen mit dem Bundesinnenminister 10
- > dbb Bundesvorstand: Fahrplan für 2018 diskutiert 11
- > Bundesverfassungsgericht zum Beamtenstreikrecht: Es gibt keine „Berufsbeamtentümer“ 12
- > dbb Jahrestagung: Deutschland hat gewählt – was nun? 14
- > europa 27. Europäischer Abend 19
- > dbb akademie 22
- > nachrichten Einkommensrunde 2018: Mit gebündelten Kräften 24
- > 70 Jahre Kultusministerkonferenz: Bildungspolitik zwischen Föderalismus und Kooperation 24
- > Versichertenberater bei der DRV Bund: Fast 100 dbb Mitglieder ins Ehrenamt gewählt 25
- > dbb bundesfrauenvertretung 14. Frauenpolitische Fachtagung im Juni 2018 26
- > dbb jugend „Beamte? Sind unverzichtbar.“ 28
- > reportage Maßregelvollzugszentrum Moringen: Hoffnung auf ein Leben 30
- > online Digitalisierung der Verwaltung: Die Bürger wollen mehr 40
- > die andere meinung Digitalisierungen öffentlicher Dienstleistungen: Verheddert in föderaler Kleinstaaterei 42
- > drei fragen an ... den Berliner BSBD-Vorsitzenden Thomas Goiny zur Situation im Strafvollzug Berlins 44
- > dbb klagt vor Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte: Gegen Zwangstarifeinheit 46

komba Umfrage: Situation im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)

Der Sozial- und Erziehungsdienst spielt in der öffentlichen und tarifpolitischen Diskussion eine große Rolle. Das wird mit Blick auf die sichtbaren Herausforderungen auch so bleiben. Dabei muss jedoch eine Berufsgruppe, die es bislang schwer hatte, mit ihren Anliegen insbesondere auf der Arbeitgeberseite ganz nach vorn zu dringen, stärker in den Fokus kommen: der Allgemeine Soziale Dienst (ASD).

Im komba Fachbereich Sozial- und Erziehungsdienst wurde deshalb die Idee umgesetzt, eine Umfrage bei den Kolleginnen und Kollegen durchzuführen. Dabei ging es darum, bundesweit Rückmeldungen zur Arbeitssituation und zu den Wünschen der ASD-Beschäftigten zu bekommen. So ist ein Überblick entstanden, der unsere Sichtweise teilweise bestätigt, gleichzeitig unseren

Blick auf die vorhandenen Rahmenbedingungen geschärft hat.

Zum Beispiel wurde verdeutlicht, wie besondere Belastungen entstehen. Neben Personalmangel und Überlastung brennen den Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel auch ein hoher Krankenstand, eine hohe Fluktuation, der Bereitschaftsdienst, Gewaltandrohung und der hohe Bürokratieaufwand spürbar unter den Nägeln. Folglich wünschen sie sich von der komba einen Einsatz insbesondere für einen besseren Personalschlüssel und bessere Bezahlung.

Wir werden jede Optimierung unserer Durchsetzungsstärke nutzen, um uns gegenüber Politik und Arbeitgebern für eine Verbesserung der Arbeitssituation im ASD einzusetzen.



komba
FACHBEREICH
Sozial- und
Erziehungsdienst

© komba gewerkschaft

■ Zahl vorläufiger Schutzmaßnahmen seit 2013 verdoppelt

Auch aus Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, die einzelne Aufgaben der Kolleginnen und Kollegen betreffen, lässt sich erkennen, dass dringender Handlungsbedarf im ASD besteht. So führten die Jugendämter in Deutschland im Jahr 2016 beachtliche 136 900 Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls durch. Davon wurden 21 600 als akute Kindeswohlgefährdung gewertet und in weiteren 46 600 Fällen – was ein Anstieg um acht Prozent bedeutet – lag ein Unterstützungs- und Hilfebedarf vor. Gleiche Steigerungsraten gab es bei den Inobhutnahmen

Minderjähriger, die in 84 200 Fällen erfolgten. Die vorläufigen Schutzmaßnahmen haben sich seit 2013 fast verdoppelt. Die Zahlen belegen, dass die Jugendämter erhebliche Anstrengungen unternehmen, einen wirksamen Kinder- und Jugendschutz sicherzustellen.

Die umfassende Auswertung unserer Umfrage ist im Internet abrufbar. Wir danken allen, die sich daran beteiligt und dieses Stimmungsbild ermöglicht haben. Jetzt gilt es, den Druck der Beschäftigten an die Arbeitgeber weiterzureichen – am Verhandlungstisch! (kt)

Zur Auswertung der Umfrage:
<http://bit.ly/2DxmGjD>

komba jugend stellt sich vor:

Benjamin Lange, stellvertretender Bundesjugendleiter

Ich bin 24 Jahre alt und arbeite als Beamter (gehobener Dienst) bei der Stadt Weimar in der Personalabteilung.

Mitglied in der komba gewerkschaft bin ich seit 2014. Zu dieser Zeit befand ich mich im Vorbereitungsdienst zum Diplom-Verwaltungswirt (FH). Besonders von der komba überzeugt hat mich der Solidaritätsgedanke der Gewerkschaft. Sich gemeinsam für „die gute Sache“ einzusetzen, dabei Freundschaften zu schließen sowie grundsätzlich das herzliche Miteinander begeisterten mich. Deswegen kandidierte ich 2016 erfolgreich als Landesjugendvorsitzender der komba ju-



© komba jugend

▶ Benjamin Lange

gend thüringen. Seitdem steht mir ein junges, engagiertes und kompetentes Team zur Seite. Zu keinem Zeitpunkt bereue ich meinen

Entschluss, in der Leitung mitzuwirken.

Schließlich wurde ich im Jahr 2017 in die Bundesjugendleitung gewählt. Dort bin ich zuständig für Werbemittel, Finanzen sowie zentraler Ansprechpartner für die Fachbereiche der komba gewerkschaft. Außerdem bin ich Ansprechpartner der Landesjugendleitungen Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen.

Die komba Bundesjugendleitung ist ein starkes Team mit viel Kompetenz und Motivation. Meine persönlichen Ziele darin sind unter anderem, bei der erfolgreichen Bewältigung

des demografischen Wandels mitzuwirken und mich für eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes für junge Kolleginnen und Kollegen einzusetzen. Derzeit steht eine kompetente und motivierte Generation in den Startlöchern, deren Potenzial gefördert werden muss. Deswegen ist es immens wichtig, die Ausbildungs- und Übernahme-situation von Beamtinnen und Beamten deutlich zu verbessern. Aber auch die übrigen Bereiche des öffentlichen Dienstes sind für das Funktionieren unseres Staates unabdingbar. Klar ist: Der öffentliche Dienst ist als das Rückgrat unserer Demokratie keinesfalls träge und faul. (bl, ak)

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der Bedarfsanalyse für Berufsstarter.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Gerade im Job angefangen und schon an mögliche Risiken denken? Ja, denn je früher umso günstiger. Und einige Versicherungen sind einfach unverzichtbar. Welche, zeigt unsere Bedarfsanalyse:

- ✓ **Krankheit:** Profitieren Sie von günstigen Ausbildungskonditionen und sichern Sie sich heute schon gegen steigende Kosten ab.
- ✓ **Dienstunfähigkeit:** Finanzielle Sicherheit mit bezahlbaren Beiträgen.
- ✓ **Berufshaftpflicht:** Vermeiden Sie eine persönliche Haftung, falls Sie im Job einen Schaden verursachen.

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de

Empfohlen vom



Eine Marke der AXA Gruppe



komba bei der dbb Jahrestagung: Funktionsfähigkeit des Staates auch auf Landes- und kommunaler Ebene sicherstellen

Die dbb Jahrestagung gilt traditionell als gewerkschaftspolitischer Jahresauftakt. Deshalb hat die Veranstaltung eine große Bedeutung auch für die komba. In diesem Jahr gibt es dafür einen weiteren Grund: Es war die erste Jahrestagung mit einem komaner an der dbb Spitze, denn Ulrich Silberbach wurde erst im November zum neuen dbb Bundesvorsitzenden gewählt.

Die komba war natürlich mit einer großen Delegation vertreten, was sich gelohnt hat: Unter Einbeziehung hochkarätiger Repräsentanten der Politik wurden eine Menge Themen diskutiert, mit denen die komba im Einsatz für ihre Mitglieder täglich konfrontiert wird. Dies dokumentieren auch die aus der Tagung hervorgegangenen Schlagzeilen in den Medien wie „Personalsituation im öffentlichen Dienst“, „Weckruf

in Richtung Berlin“, „Modernisierung zu langsam“, „Lässt der Staat die Beamten im Stich?“, „dbb fordert Fortschritte bei Digitalisierung“ oder „dbb will kräftiger zulegen“.

Tatsächlich besteht dringender Handlungsbedarf, um die Funktionsfähigkeit des Staates, auch auf Landes- und kommunaler Ebene, sicherzustellen. Benötigt werden zusätzliches Personal, eine hohe Qualifikation, eine konkurrenzfähige Attraktivität der Arbeits- und Einkommensbedingungen sowie eine zeitgemäße Organisation und Ausstattung, die auch technisch auf aktuellem Stand ist. Auch Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer, der sich mit FDP-Chef Christian Lindner ein von Dunja Hayali moderiertes Streitgespräch lieferte, bestätigte: „Wir finden in unserer Stadtverwaltung kein Personal mehr – davon



> Der stellvertretenden komba Bundesvorsitzende Hubert Meyers (ganz rechts) und der DBB NRW Vorsitzende Roland Staude (Siebter von rechts) mit europäischen Gästen beim „komba Treff“.

betroffen sind inzwischen selbst Bereiche, in denen keine besonderen fachlichen Anforderungen bestehen.“ Aus Sicht der komba bietet die anstehende Einkommensrunde eine gute Gelegenheit, unter anderem dazu die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Es gab und gibt viele aktuelle Situationen, in denen deutlich wird, wie wichtig ein gut aufgestellter öffentlicher Dienst ist. Ein hervorragendes und brandaktuelles Beispiel dafür ist das zuverlässige Funktionieren aller Verwaltungsbereiche trotz Hängepartie bei der Regierungsbildung.

Das alles bot auch eine Menge Diskussionsstoff beim „komba

Treff“, der ebenfalls im Rahmen der dbb Jahrestagung stattfand. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden des DBB NRW, Roland Staude, begrüßte der stellvertretende komba Bundesvorsitzende Hubert Meyers die europäischen Gäste, die neben Vertretern aus Politik und Medien der Einladung gefolgt waren.

Es war ein guter gewerkschaftspolitischer Jahresauftakt, der nicht nur wichtige Ziele gesetzt, sondern auch die Motivation gestärkt hat, die notwendige Durchsetzungskraft herzustellen. (kt)

Weitere Informationen zur dbb Jahrestagung ab Seite 14 im dbb magazin.

komba jugend und Europa: Matthäus Fandrewski erneut CESI-Yout-Vorsitzender



> Matthäus Fandrewski (Dritter von links) mit dem neuen Vorstand der CESI Youth

Ende letzten Jahres fand in Rom der erste CESI Youth Congress unter dem Vorsitz des komba Kollegen Matthäus Fandrewski (komba gewerkschaft nrw) statt. Die gewerkschaftliche Jugendorganisation

auf europäischer Ebene hat sich in den letzten vier Jahren gut etabliert und die Beziehungen zum Europäischen Parlament, der EU Kommission sowie zum Europäischen Jugendforum gefestigt.

Der Kongress fand unter dem Motto „Youth – the future of Europe“, statt. 40 Delegierte aus 18 Mitgliedsorganisationen und 13 Ländern waren dazu angereist, um neben den Beschlussfassungen zur Kongress- und Wahlordnung zahlreiche Leittritte zu verabschieden. Dabei ging es unter anderem um Jugendarbeitslosigkeit, Bildungschancen, berufliche Aus- und Weiterbildung, Digitalisierung und die Jugend in der Gewerkschaft.

Ebenso stand die Wahl des CESI Youth-Vorsitzes für weitere vier Jahre an, aus der erneut Matthäus Fandrewski erfolgreich

hervorgegangen ist. „Ich glaube fest an diese europaweit agierende Jugendorganisation und möchte deren Entwicklung weiter vorantreiben. Wir müssen die Zusammenarbeit mit weiteren EU Organisationen ausbauen, um dieses Friedensprojekt stärker gemeinsam abzusichern und zu positionieren. Eine weitere Hauptaufgabe sehe ich darin, dass wir unseren Mitgliedsorganisationen helfen, Jugendstrukturen aufzubauen. Schließlich ist, wie unser Motto aussagt, die Jugend die Zukunft Europas – und ich möchte auf ein erfolgreiches, offenes und soziales Europa blicken können!“ (mf,ak)



0,– Euro Bezügekonto² der „Besten Bank“

¹ Für Einzelmitglieder der Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften des dbb und ihre Angehörigen; Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.
² Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.

- ✓ Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst
- ✓ Einfacher Online-Kontowechselservice
- ✓ dbb-Vorteil: 30,– Euro Startguthaben¹



Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 190 (kostenfrei)
www.bbbank.de/dbb



Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Einigung mit den Arbeitgebern: Anpassungen von Tarifverträgen

Wenn es nach komba und dbb ginge, würden notwendig gewordene Anpassungen der Tarifverträge regelmäßig auch außerhalb von Einkommensrunden stattfinden. Doch meistens treten die Arbeitgeber auf die Bremse, sobald eine Weiterentwicklung oder Korrektur Geld kostet. Oft landen die Themen dann wieder in den Einkommensrunden, was bei den Arbeitgebern die Versuchung auslöst, den Preis hochzutreiben und auf die Tabellenanpassung anzurechnen.

Umso positiver, dass jetzt im Vorfeld der Einkommensrunde für Bund und Kommunen ein Paket für die Weiterentwicklung und Korrekturen von Tarifverträgen geschnürt wurde, das insbesondere die kommunale Ebene betrifft. Hier einige Hinweise zu den prägnantesten Regelungen und Änderungen.

► Zulage bei höherwertiger Tätigkeit

Wird eine höherwertige Tätigkeit nur vorübergehend übertragen, erhalten die Beschäftigten keine reguläre Höhergruppierung, sondern eine Zulage. Diese betrug bei den Entgeltgruppen 1 bis 8 bislang nur 4,5 Prozent des individuellen Entgeltes der betroffenen Beschäftigten. Ab März 2018 entspricht die Zulage, wie bereits für Beschäftigte ab Entgeltgruppe 9, dem Unterschiedsbetrag zu einer regulären Höhergruppierung. Damit wird das unterschiedliche Verfahren zwischen den Entgeltgruppen aufgehoben. Da komba und dbb im Zusammenhang mit der neuen Entgeltordnung bereits die stufengleiche Höhergruppierung durchgesetzt hatten, profitieren letztendlich alle Betroffenen von der Zulagenberechnung bei der vorübergehenden Ausübung höherwertiger Tätigkeiten.

► Entgeltfortzahlung

Die Entgeltfortzahlung fällt künftig nicht mehr niedriger aus, wenn in einem vorhergehenden dreimonatigen Zeitraum bereits Ausfalltage aufgetreten sind. Diese haben sich negativ auf die Berechnung ausgewirkt, weil für nicht in Monatsbeträgen festgelegte Entgeltbestandteile der Durchschnittswert der letzten drei Kalendermonate maßgebend ist. Die Ausfalltage spielen jetzt rückwirkend zum 1. April 2017 keine Rolle mehr für die Berechnung der Entgeltfortzahlung.

► Ausbildungs- und Prüfungspflicht

Eine Befreiung von der Ausbildungs- und Prüfungspflicht aufgrund der Vollendung des 40. Lebensjahres wurde im Zuge der neuen Entgeltordnung durch das Erfordernis einer 20-jährigen Berufserfahrung ersetzt. Damit Beschäftigte, die die bisherige, aber nicht die neue Regelung erfüllen, von gestellten Höhergruppierungsanträgen aufgrund der neuen Entgeltordnung profitieren können, wurde eine Besitzstandsregelung eingeführt. Für die Dauer des bestehenden Arbeitsverhältnisses bleibt die Befreiung von der Ausbildungs- und Prüfungspflicht bestehen, wenn am 31. Dezember 2016 das 40. Lebensjahr vollendet war.

► Zusatzversorgung

Aufgrund von Urteilen des Bundesgerichtshofes mussten die Regelungen zur Zusatzversorgung für rentenferne Jahrgänge nachgebessert werden, da diese benachteiligt wurden. Dies betrifft Startgutschriften im Zusammenhang mit dem Systemwechsel vom Gesamtversorgungssystem zum Punktemodell, der bereits im Jahr

2001 erfolgte. Im nachgebesserten Berechnungsmodell erhält ein Versicherter für jedes Jahr bis zu 2,5 Prozent seiner Vollerleistung als Startgutschrift.

► Sonstiges

Gegenstand der Änderungen sind weitere Regelungen, die meist nur spezifische Fälle betreffen, die wir aber trotzdem nicht aus den Augen verlieren dürfen. Zu den vielen Punkten, die das Tarifpaket beinhaltet, gehören:

Beschäftigte im Kassen- und Rechnungswesen, denen mindestens drei Beschäftigte mit buchhalterischen Tätigkeiten ständig unterstellt sind, sind künftig stets in der Entgeltgruppe 8 eingruppiert, nicht in der Entgeltgruppe 6.

Beschäftigte, die zum 1. Januar aus der Entgeltgruppe 9 Stufe 2 in die Entgeltgruppe 9a Stufe 2 übergeleitet wurden und ihr bisheriges Entgelt als Besitzstand statisch beibehalten, erhalten jetzt ihr reguläres Tabellenentgelt und profitieren von weiteren Steigerungen.

Für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst wird klargestellt, dass Höhergruppierungen auch hier stufengleich erfolgen, ungeachtet der außerdem zu beachtenden Garantiebeträge.

► Einkommensrunde steht an

Jetzt konzentrieren wir uns auf die Einkommensrunde für Bund und Kommunen, für die die Forderungen am 8. Februar festgelegt werden. Die komba ist bereits seit Wochen am Ball, um Vorstellungen der Basis zusammenzutragen, sei es im Rahmen von Branchentagen oder anderen Diskussionsrunden. Mit Blick auf die positive Lage öffentlicher Kassen auf der einen Seite und der Belastung sowie Leistung der Beschäftigten auf der anderen Seite ist davon auszugehen, dass eine spürbare Anpassung gefordert wird. Für die Durchsetzung setzen wir auf den Rückenwind unserer Mitglieder – und wenn uns die Arbeitgeber dazu zwingen, auch auf Arbeitskampfmaßnahmen.

(kt)



Die Bundesleitung der komba gewerkschaft in neuer Besetzung auf ihrer ersten Klausurtagung 2018: Andreas Hemsing, im Dezember 2017 neu-gewählter Bundesvorsitzender, Hubert Meyers, 2. Bundesvorsitzender, sowie die Stellvertreterinnen und Stellvertreter Mareike Klostermann, Kai Tellkamp, Sandra Müller und Sandra van Heemskerck, die ebenfalls im Dezember 2017 vom komba Bundesvorstand zur Stellvertreterin gewählt wurde, sowie der Bundesjugendleiter der komba jugend, Christian Dröttboom (von links)

(ak)